



Youth Unemployment in Europe Appraisal and Policy Options

Zusammenfassung

Francesco Berlingieri, Holger Bonin,
Maresa Sprietsma
Centre for European Economic Research /
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW)

Robert Bosch **Stiftung**

Gegenstand der Studie

Der alarmierende Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit infolge der jüngsten Wirtschaftskrise kann für die Arbeitsmarktpolitik auf nationaler und europäischer Ebene nicht ohne Folgen bleiben. Angesichts der Tatsache, dass in der EU über 5,5 Millionen junge Menschen Schwierigkeiten haben, einen Arbeitsplatz zu finden, müssen Strategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit entwickelt werden. Nur so kann verhindert werden, dass eine verlorene Generation von europäischen Jugendlichen entsteht, die auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft dauerhaft benachteiligt sind.

Vor diesem Hintergrund hat die Robert Bosch Stiftung die vorliegende Studie beim Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim in Auftrag gegeben. Ziel dieser Studie ist es, die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu untersuchen, die maßgeblichen institutionellen und ökonomischen Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit zu identifizieren und die Maßnahmen zu diskutieren, die ergriffen werden können, um eine bessere Arbeitsmarktintegration von jungen Erwachsenen zu erzielen.

Obgleich die Studie die Perspektive der EU-Mitgliedstaaten insgesamt abdeckt, legt sie den Schwerpunkt auf die südeuropäischen Länder, die in besonderem Maße von der aktuellen Jugendarbeitslosigkeitskrise betroffen sind. Den Hauptteil bilden drei Länderberichte, in denen die Lage in Italien, Spanien und Portugal im Detail dargestellt wird und aktuelle sowie mögliche zukünftige politische Initiativen untersucht werden, die zu einer Senkung der Jugendarbeitslosigkeit in diesen Ländern beitragen könnten.

Entwicklungen der Jugendarbeitslosigkeit in Europa

Im Zuge der Finanz- und Staatsschuldenkrise nahm die Jugendarbeitslosigkeit in allen EU-Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Deutschland drastisch zu und erreichte in den südeuropäischen Ländern alarmierend hohe Quoten. Dennoch ist die Jugendarbeitslosigkeit kein junges Phänomen, das sich allein auf den letzten starken Wirtschaftseinbruch zurückführen lässt. Die meisten europäischen Länder haben seit vielen Jahren Schwierigkeiten, Jugendliche in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist in der Regel markant höher als unter Erwachsenen.

Besonders alarmierend ist die hohe Zahl an jungen Menschen, die abgehängt sind, da sie weder zur Schule gehen noch eine Arbeits- oder Lehrstelle haben. In Italien liegt der Anteil dieser Jugendlichen seit 2000 zwischen 15 und 20 %, Spanien und Griechenland haben dieses Niveau in den letzten Jahren ebenfalls erreicht. Alarmierend ist auch, dass sich in einigen Ländern ein beträchtlicher Anteil der beschäftig-

ten Jugendlichen lediglich in Zeitarbeitsverhältnissen befindet, die nicht mit einer Berufsausbildung verbunden sind und nur selten in einer Festanstellung münden. Das Risiko konjunkturbedingter Schwankungen am Arbeitsmarkt tragen hierdurch zu einem wesentlichen Anteil diejenigen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen.

Das Verhältnis der Arbeitslosenraten bei Jugendlichen und Erwachsenen fällt innerhalb Europas sehr unterschiedlich aus. Daran zeigt sich, dass länderspezifische Strukturen und Institutionen eine wichtige Rolle beim Auftreten von Jugendarbeitslosigkeit spielen. Ein weiteres Indiz hierfür ist die unterschiedlich starke Reaktion der Jugendarbeitsmärkte auf die wirtschaftlichen Krisen der letzten Jahre. Die Jugendarbeitslosigkeit fällt in Spanien und Griechenland sehr hoch aus, während Frankreich, Großbritannien und Deutschland sehr viel besser durch die Krise gekommen sind.

EU-Politik zur Förderung der Jugendbeschäftigung

Die Europäische Kommission geht seit mehreren Jahren aktiv gegen Jugendarbeitslosigkeit vor, die Kompetenzen in diesem Bereich liegen jedoch hauptsächlich bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Kernziele der »Europa 2020«-Strategie sind der Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und die Senkung des Anteils an Schulabbrechern. Zu diesem Zweck wird der Schwerpunkt auf die Verbesserung der Bildungssysteme und die Förderung der Mobilität von Jugendlichen innerhalb der EU gelegt. Die Plattform EURES (EUropean Employment Services) stellt dazu Informationen zu freien Arbeits- und Lehrstellen in allen europäischen Ländern bereit. Zudem fiel 2013 der Startschuss für die Europäische Ausbildungsallianz, die dazu beitragen soll, die Ausbildungsqualität und das Angebot an Ausbildungsplätzen zu verbessern.

Als Antwort auf die jüngste Krise hat die EU eine Jugendgarantie ins Leben gerufen, die alle Mitgliedstaaten dazu auffordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit jeder Jugendliche innerhalb von vier Monaten nach Abschluss der Schule oder Beginn einer Arbeitslosigkeit einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz angeboten bekommt. Die Jugendgarantie ist jedoch ein anspruchsvoller und potenziell kostspieliger Ansatz: Falsche oder mangelhaft konzipierte aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einzusetzen, kann für die Arbeitsmarktintegration der Jugendlichen auf Dauer schlechter sein, als nichts zu tun. Länder mit begrenztem finanziellen Spielraum, weniger gut entwickelten Arbeitsverwaltungen und geringer Erfahrung in der Gestaltung effizienter aktiver Arbeitsmarktmaßnahmen sollten sich eher auf zielgerichtete Instrumente konzentrieren, die speziell auf die bedürftigsten Gruppen ausgerichtet sind.

Strukturelle Ursachen der Jugendarbeitslosigkeit

Für die Schwierigkeiten bei der Arbeitsmarktintegration von Jugendlichen sind mehrere strukturelle Faktoren bedeutsam.

Eine erste wichtige Ursache für Jugendarbeitslosigkeit sind Defizite im Bildungs- und Ausbildungssystem. Das Risiko der Arbeitslosigkeit bleibt auch in der aktuellen Lage für Jugendliche mit höherer Bildung geringer. Schulabbrecher¹ und gering qualifizierte Jugendliche tragen dagegen ein besonders hohes Risiko der Arbeitslosigkeit. Für die nachhaltige Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist es deshalb fundamental, dafür zu sorgen, dass das Bildungssystem Jugendlichen vor dem Berufseinstieg ein Mindestmaß an Qualifikation und Kompetenzen vermittelt. Darüber hinaus muss jedoch sichergestellt werden, dass die vermittelten Kompetenzen auch der Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt entsprechen, um qualifikatorische Ungleichgewichte am Arbeitsmarkt zu vermeiden.

Ein zweiter bedeutsamer Faktor zur Erklärung von Unterschieden im Niveau der Jugendarbeitslosigkeit zwischen den EU-Ländern sind die länderspezifischen Arbeitsmarktregelungen. So können die Kosten des Kündigungsschutzes dazu führen, dass weniger Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Sind betriebsbedingte Kündigungen bei den regulär Beschäftigten stark erschwert, haben die Unternehmen einen starken Anreiz, befristete Arbeitsverträge abzuschließen. Dies trägt zu einer Spaltung des Arbeitsmarkts bei, die Jugendliche vor besondere Probleme stellt, im Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. In ähnlicher Weise wirken gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, die altersbedingten Produktivitätsunterschieden nicht genügend Rechnung tragen.

Auch ineffektive aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente können zur Jugendarbeitslosigkeit beitragen. Die empirische Evidenz spricht dafür, dass intensive Betreuung und Vermittlung eine besonders effektive Form der Unterstützung von Jugendlichen ist. Trainingsmaßnahmen werden zwar häufig eingesetzt, verbessern aber nur bei guter Qualität - und insbesondere in Kombination mit betrieblichen Praxisphasen - die Beschäftigungsraten der geförderten Jugendlichen nachhaltig. Die ebenfalls häufig eingesetzten Lohnsubventionen sind nach den vorhandenen Erfahrungen vielfach nicht über die Dauer der Förderung hinaus wirksam.

¹ Auf eine durchgängige geschlechtsspezifische Unterteilung der Personenbenennung wird aus Gründen der Lesbarkeit verzichtet.

Spanien: Reformen in die richtige Richtung

Vor dem massiven Wirtschaftseinbruch in Folge der Finanzkrise wuchs die spanische Wirtschaft jährlich mit einer Rate von über 3 %. Die Jugendarbeitslosenquote in Spanien entsprach dem Durchschnitt der europäischen Länder. Der spanische Arbeitsmarkt wurde dann jedoch besonders stark von der Finanzkrise getroffen. 2012 erreichte die Jugendarbeitslosigkeit mit 53 % einen der Spitzenwerte in Europa.

Eine Erklärung für die besonders deutlich spürbare Reaktion des spanischen Jugendarbeitsmarkts auf die Krise liegt im hohen Anteil der Jugendlichen in befristeter Beschäftigung. Dies ist das Resultat eines sehr strikten Kündigungsschutzes für unbefristete Beschäftigte in Verbindung mit einer weitgehenden Liberalisierung von befristeten Verträgen seit den 1990er Jahren. Jugendliche mit Zeitverträgen waren für viele Unternehmen ein Puffer beim rezessionsbedingten Arbeitsplatzabbau. Gefördert wurde dies noch durch die schwache gewerkschaftliche Vertretung befristeter Beschäftigter. Weiterhin waren in Spanien viele geringqualifizierte junge Menschen im Bausektor beschäftigt, in dem es nach dem Platzen der Immobilienblase zu massiven Arbeitsplatzverlusten kam.

2012 wurde in Spanien eine ehrgeizige Arbeitsmarktreform verabschiedet, die die Beschäftigungsaussichten für Jugendliche verbessern kann. Neben der Gewährung von finanziellen Anreizen für kleine und mittelständische Unternehmen, die junge Menschen einstellen, wurde mit der Reform die Lohnfindung von der Branchenebene auf die Firmenebene verlagert. Zudem wurden Unterschiede im Kündigungsschutz zwischen befristeter und unbefristeter Beschäftigung verkleinert: Betriebsbedingte Entlassungen wurden erleichtert, und die maximale Abfindungszahlung für ungerechtfertigte Kündigungen wurde gesenkt. Um die Arbeitsmarktposition von Jugendlichen noch weiter zu stärken, sollten jedoch auch die Regelungen für die befristete Beschäftigung, etwa durch Begrenzungen aufeinander folgender befristeter Beschäftigungen im selben Betrieb, überprüft werden.

Weitere Ursachen für die Probleme Spaniens, junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, liegen im Bildungssystem. Das spanische Bildungssystem ist stark universitär ausgerichtet und die Zahl der Hochschulabsolventen liegt über dem EU-Durchschnitt. Im beruflichen Bereich erfolgt die Ausbildung hauptsächlich schulisch. Lediglich 25 % der Ausbildungszeit werden im Betrieb verbracht. Das Ergebnis dieser Strukturen ist ein relativ hoher Anteil an überqualifizierten Jugendlichen, während die Arbeitgeber zugleich einen Mangel an praktischen Kompetenzen beklagen. Deshalb wäre es sinnvoll, das Ausbildungssystem in einer Weise zu entwickeln, dass es eine attraktive Alternative zum akademischen Zweig darstellt.

Einen Beitrag dazu leistet die spanische Regierung durch den Aufbau von Zentren für die duale Ausbildung in Zusammenarbeit mit spanischen und internationalen Unternehmen. Vor allem im Baskenland wird die Einführung einer zertifizierten dualen Ausbildung sehr aktiv vorangetrieben. Ein darüber hinaus notwendiger Schritt wäre die Festlegung eines verbindlichen Rahmens, um die Qualität und die Inhalte der von Betrieben in den einzelnen Berufen angebotenen Ausbildungen festzulegen. Hierzu könnten die vorhandenen Subventionen für Betriebe zur Förderung der Beschäftigung von Jugendlichen an die Beteiligung an zertifizierten Ausbildungsprogrammen geknüpft werden.

Italien: Unentschlossene Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik

Italien verzeichnete schon in den Jahren vor der Finanz- und Schuldenkrise nur ein geringes Wirtschaftswachstum. Die Relation der Arbeitslosenraten bei Jugendlichen und Erwachsenen ist im europäischen Vergleich am schlechtesten, und der Anteil an Jugendlichen, die weder zur Schule gehen noch eine Arbeits- oder Lehrstelle haben, am höchsten. Die Schwierigkeiten der italienischen Jugendlichen beim Berufseinstieg sind unabhängig von den großen regionalen Unterschieden bei der Wirtschaftskraft spürbar, was auf strukturelle Probleme hinweist.

Die konfliktanfälligen Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern sowie strukturelle Verkrustungen, die in Italien die generelle wirtschaftliche und Beschäftigungsdynamik lähmen, belasten auch die Beschäftigungschancen der Jugendlichen. Hinzu kommt eine eher niedrige Qualität des Bildungssystems.

Italien ist das einzige Land in Europa, das seine Ausgaben für das Grund- und Sekundarschulwesen je Schüler seit 1995 nicht erhöht hat. Zwar gibt es im italienischen Bildungssystem einen berufsbildenden Schulzweig, dieser ist dem allgemeinen Zweig jedoch sehr ähnlich. Die einzige berufspraktische Erfahrung sammeln italienische Schüler im Rahmen eines nicht einmal einmonatigen Betriebspraktikums. Zuletzt hat die Bedeutung spezieller berufsbildender Agenturen und Schulen zugenommen, die auf regionaler Ebene koordiniert werden und eine stärker praxisorientierte Berufsbildung mit enger Beziehung zu Betrieben anbieten. Diese Zentren richten sich jedoch hauptsächlich an Schulabbrecher, ihre Qualität ist in der Regel gering und regional sehr unterschiedlich. Vertraglich vereinbarte betriebliche Ausbildungsmöglichkeiten existieren zwar, Qualität und Inhalte sind jedoch nicht geregelt, so dass diese von den Jugendlichen kaum nachgefragt werden.

Der Anteil an Hochschulabsolventen unter den 25- bis 64-Jährigen ist in Italien halb so hoch wie der OECD-Durchschnitt, wobei die Quote der Studienabbrecher höher ist als in anderen europäischen Ländern. Darüber hinaus haben Hochschulabsolventen in Italien nicht wesentlich bessere Beschäftigungschancen als Abgänger der Sekundarschulen. Die Bildungserträge sind demnach eher gering, was die Anreize schwächt, eine höhere Qualifikation zu erlangen.

Vor diesem Hintergrund wären in Italien mehr Investitionen auf allen Ebenen des Bildungssystems erforderlich, um qualifikationsbedingte Arbeitsmarktschwierigkeiten zu verringern. Zudem wären Ausbau und Normierung dualer Ausbildungswege mit klaren Vorgaben in Bezug auf Dauer und Qualität wichtige Schritte.

Italien wendet nur einen vergleichsweise geringen Teil seines Bruttoinlandsprodukts für aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auf. Zugleich vermitteln und beraten die Arbeitsverwaltungen vielfach nicht besonders gut. Deswegen könnten Arbeitslose von gezielt eingesetzten zusätzlichen Mitteln und besseren administrativen Routinen profitieren. Ein möglicher Ansatzpunkt für aktive Maßnahmen wäre die Förderung der – trotz großer Arbeitsmarktungleichgewichte innerhalb des Landes – nach wie vor niedrigen geografischen Mobilität von Jugendlichen.

Auch die italienischen Jugendlichen leiden unter einem gespaltenen Arbeitsmarkt durch strengen Kündigungsschutz. Anders als in Spanien oder Portugal hat Italien bislang jedoch keine klaren Schritte unternommen, um die Kluft zwischen befristeten und unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen zu verringern. Effektive Strukturreformen am Arbeitsmarkt, um etwa eine Senkung der Entlassungskosten zu erreichen, sind bisher in politischen Aushandlungsprozessen weitgehend gescheitert.

Portugal: Suche nach Wegen aus der Rezession

Die portugiesische Wirtschaft hat seit vielen Jahre strukturelle Probleme. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf ist im Vergleich der westeuropäischen Länder niedrig, und die Wachstumsraten sind in den letzten Jahren mehrfach ins Minus gerutscht. Die harten Sparmaßnahmen, die seit Beginn der aktuellen Wirtschaftskrise zum Abbau der Staatsverschuldung ergriffen werden mussten, belasten die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich. Um die Jugendarbeitslosigkeit erfolgreich zu bekämpfen, kommt der Steigerung der portugiesischen Wirtschaftsleistung eine Schlüsselrolle zu, damit insgesamt mehr Arbeitsplätze entstehen.

Portugal konnte zwar den Anteil an Hochschulabsolventen seit 2000 mehr als verdoppeln. Dagegen ist die Abbrecherquote im sekundären Bildungsbereich weiterhin eine der höchsten in Europa, so dass der Anteil an Absolventen mit höherer sekundärer Bildung im internationalen Vergleich niedrig ist. Es fehlt ein berufsbildender Bildungsweg mit verpflichtendem betrieblichen Ausbildungsteil. Somit gibt es in Portugal praktisch keine alternativen Bildungswege für die Jugendlichen, die den allgemeinen Sekundarabschluss nicht schaffen. Die Entwicklung eines beruflichen Ausbildungssystems unter Einbeziehung der Betriebe ist darum ein zentraler Ansatzpunkt, um das Qualifikationsniveau portugiesischer Jugendlicher beschäftigungsorientiert zu heben.

Die portugiesische Politik hat bereits Initiativen gestartet, um den Anteil an Schulabbrechern zu reduzieren und die Qualität der Berufsbildung durch eine engere Verbindung zu den Betrieben zu verbessern. Da die Haushaltsspielräume eng sind, hängen diese Maßnahmen jedoch nahezu ausschließlich von der Finanzierung durch die EU ab. Die Unterstützung von der Arbeitgeberseite in Form von Investitionen in Ausbildung ist dagegen schwach. Eine vielversprechende, umfangreiche öffentliche Initiative (»Novas oportunidades«), die eine duale Ausbildung als Alternative zur allgemeinen Sekundarschulbildung anbot, musste 2013 eingestellt werden. Ein neues Programm im Rahmen der Jugendgarantie bietet eine duale Ausbildung mit verpflichtendem innerbetrieblichen Teil an. Hierbei fehlen jedoch Regelungen zur Sicherung der Qualität und Inhalte der in den Betrieben stattfindenden Ausbildungselemente. Zudem bekommen Jugendliche als Vergütung für die Dauer der Ausbildung lediglich einen symbolischen Betrag.

Die Lohnstruktur schafft in Portugal ein weiteres Beschäftigungshemmnis für Jugendliche. Der gesetzliche Mindestlohn, wenngleich an sich gering, liegt bei knapp 60 % des mittleren Einkommens und gilt für alle Arbeitnehmer unabhängig vom Alter. Darüber hinaus sind in Tarifverträgen teilweise Löhne oberhalb des Mindestlohns festgelegt, die beschäftigungshemmende Löhne für Berufseinsteiger entfalten, die wegen ihrer vielmals nur befristeten Beschäftigungsverhältnisse gewerkschaftlich schlecht repräsentiert sind. Tariföffnung und altersspezifische Mindestlöhne wären darum Möglichkeiten, die Beschäftigungschancen für junge Menschen zu verbessern.

Die Kombination von hohem Kündigungsschutz für unbefristet Beschäftigte und liberalen Regelungen für befristete Beschäftigung schafft in Portugal Hürden für Berufseinsteiger. Zwar hat eine Arbeitsmarktreform 2011 die Kosten des Kündigungsschutzes für die Unternehmen verringert, Unterschiede im Kündigungsschutz zwischen befristeter und unbefristeter Beschäftigung sollten jedoch weiter verkleinert werden, um die Position der Jugendlichen am Arbeitsmarkt zu stärken.

Ein allgemeiner Handlungsplan für Europa

Strategien zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit müssen auf nationaler Ebene ausgearbeitet und umgesetzt werden. Es lassen sich jedoch wesentliche Elemente festhalten, die für alle europäischen Länder relevant sind, wenn sie das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in den Griff bekommen möchten.

Erstens leiden junge Erwachsene ganz besonders unter dem derzeitigen Versagen ihrer Länder, mehr und bessere Arbeitsplätze zu schaffen. Aus diesem Grund sind Strukturreformen unerlässlich, um die globale Wettbewerbsfähigkeit und die Dynamik der Entstehung zusätzlicher Jobs zu steigern. In den Ländern, in denen Berufseinsteiger nicht automatisch von mehr offenen Stellen in der Wirtschaft profitieren, müssen zusätzlich Strukturreformen angegangen werden, um die Kluft am Arbeitsmarkt zwischen Jüngeren und Älteren zu überwinden.

Zweitens sind die Schwierigkeiten, die sowohl ungelernete als auch qualifizierte Jugendliche bei der Arbeitsmarktintegration haben, ein Ausdruck von qualifikatorischem Mismatch: Für einen Teil des angebotenen Humankapitals innerhalb der jungen Generation haben die Arbeitgeber keinen Bedarf. Die Bekämpfung solcher Ungleichgewichte erfordert eine Modernisierung der Bildungs- und Ausbildungssysteme. Ein wesentliches Element hierbei ist, die Unternehmen stärker an Bildungs- und Qualifizierungsprozessen zu beteiligen.

Drittens können einzelne aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente zwar wirksam dazu beitragen, junge Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die empirische Evidenz zur Wirksamkeit der vorhandenen Instrumente ist jedoch nicht ausreichend, um eine generelle Jugendgarantie zu rechtfertigen. Stattdessen sollte aktive Arbeitsmarktpolitik selektiv eingesetzt werden. Individualisierung und die Konzentration auf qualitativ hochwertige Instrumente, die innerhalb lokaler Strukturen umgesetzt werden, sind entscheidende Erfolgsfaktoren, die allzu leicht verloren gehen können, wenn aktive arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu schnell und zu umfassend ausgedehnt werden.

Viertens entfalten auf die Veränderung von Strukturen zielende wirtschafts-, arbeitsmarkt- und bildungspolitische Strategien zur Vermeidung von Jugendarbeitslosigkeit ihre Wirkung nur langsam, so dass als Ergänzung kurzfristige Entlastungsmaßnahmen erforderlich sind. Dabei wäre die Verbesserung der räumlichen Mobilität von Arbeitskräften ein besonders effektiver Ansatz. Da die Wanderungen innerhalb der EU trotz des gemeinsamen europäischen Arbeitsmarktes weiterhin auf geringem Niveau verharren, erfordert diese Möglichkeit jedoch zusätzliche Anstrengungen auf allen Ebenen.

Fünftens setzen erfolgreiche Strategien zur Jugendbeschäftigung die Beteiligung aller relevanten Stakeholder voraus – einschließlich der jungen Menschen selbst. Teil der Herausforderung ist die Strukturierung und Koordination der Aktivitäten von Arbeitgebern, Tarifpartnern, Fallmanagern, Bildungseinrichtungen usw. Regierungen müssen bei der Koordinierung und Finanzierung von partnerschaftlichen Handlungsmodellen die Führungsrolle übernehmen. Dennoch müssen sich auch die Stakeholder aktiv einbringen, damit ihre Interessen und Erfahrungen bei der Ausgestaltung einer umfassenden Agenda zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit berücksichtigt werden. Dieser Prozess könnte durch Nichtregierungsorganisationen unterstützt werden, die als Vermittler und Moderatoren agieren.

Ein allgemeiner Handlungsplan gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa

1. Mehr Arbeitsplätze für Berufseinsteiger schaffen
 - Wirtschaftswachstum fördern, das zu mehr und besseren Arbeitsplätzen führt
 - Spaltung des Arbeitsmarkts für ältere und jüngere Arbeitnehmer bekämpfen
 - Hohe Einstiegsgehälter senken und Einstellungsanreize durch Lohnsubventionen fördern
2. Qualifikatorischen Mismatch bekämpfen
 - Schulabbrecherquoten verringern
 - Qualität der Berufsbildung durch bessere (duale) Ausbildung im Betrieb steigern
 - Stärker praxisbezogene Lehrpläne an Universitäten
3. Aktive arbeitsmarktpolitische Instrumente zielgenau einsetzen
 - Berufsberatung und Arbeitsvermittlung verbessern
 - Ausbildung für junge Arbeitslose auf Arbeitsplätzen in Unternehmen bezuschussen
 - Keine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen
4. Grenzüberschreitende Mobilität fördern
 - Internationale Mobilität zur Ausbildung oder Beschäftigung in Mangelberufen unterstützen
 - Information über Beschäftigungschancen in Europa verbessern
 - Sprachliche und psychologische Mobilitätsbarrieren senken
5. Relevante Stakeholder involvieren
 - Kooperative Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern aufbauen
 - Betriebe zur Einführung dualer Ausbildungsstrukturen anregen
 - Nationale Agenda gegen Jugendarbeitslosigkeit formulieren und Fortschritte überwachen